SPD NEWSLETTER
Aktuelles aus dem Kreisverband Stuttgart 2012 | Ausgabe 12

MIT VOGT UND SCHÄFSTOSS IN DEN BUNDETAG!

Der SPD Kreisverband Stuttgart zieht mit Ute Vogt und Nicolas Schäfstoß in den Bundestagswahlkampf 2013

Die SPD Stuttgart hat am 10. Dezember 2012 ihre Bundestagskandidat(inn)en aufgestellt. Für den Bundestagswahlkreis Stuttgart-Süd bewirbt sich Ute Vogt MdB ein weiteres Mal. Im Wahlkreis Stuttgart-Nord wird Nicolas Schäfstoß für die SPD ins Rennen gehen. Beide Bewerber(innen) wurden im Waldaupark in Stuttgart-Degerloch mit großer Mehrheit von den Delegierten nominiert.

Im Wahlkreis Stuttgart-Süd kandidiert die amtierende Bundestagsabgeordnete Ute Vogt MdB aus Botnang erneut. Vogt wurde mit einem hervorragenden Ergebnis (91 Ja, 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen) und damit 94,8 % der gültigen und abgegeben Stimmen gewählt. Die 48-Jährige Juristin ist aktuell Mitglied des Umweltausschusses und Obfrau im Untersuchungsausschuss Gorleben. Sie ist Mitglied des Parteivorstands und des Präsidiums der SPD. In ihrer Vorstellungsrede betont sie, dass nur gewinnen könne, wer auch gewinnen will. „Ein besseres Land kommt nicht von allein!“ so Vogt. Die schwarz-gelbe Gurkentruppe gehöre abgelöst.

Vogt spricht als ein Schwerpunktthema die Energiewende an. Diese sei von der rot-grünen Bundesregierung eingeleitet worden. „Verlässlich und planbar“, so Vogt. „Das hat nicht nur weit über 300.000 Arbeitsplätze geschaffen, sondern uns zum Beispiel bei den Windenergieanlagen zum Weltmarktführer gemacht.“ Kaum ein Jahr im Amt habe die Merkel-Regierung diesen ganzen Erfolg beinahe zunichte gemacht. Sie erinnerte dabei an die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, was Investitionen rapide gestoppt habe, den Ausbau der Netze erlahmen lies und für eine aufstrebende Branche große Unsicherheit brauchte.

Fortsetzung auf Seite 2

Ute Vogt und Nicolas Schäfstoß auf der Nominierungkonferenz

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der OB-Wahl hatten wir nun ein wenig Zeit, uns vom Wahlkampf zu erholen. In verschiedenen Veranstaltungen haben wir das bittere Abschneiden analysiert. Als eine der ersten Maßnahmen haben wir im Kreisvorstand beschlossen, eine Mitgliederbefragung durchzuführen. Wir möchten von euch gerne wissen, wo der Schuh drückt, was besser gemacht werden muss und wie wir euch noch aktiver einbinden können. Ihr erhaltet die Tage hierzu Post. Des Weiteren werden wir Anfang des Jahres eine Klausur durchführen und wichtige Eckpunkte definieren, wie wir die OB-Wahl zu einem Wendepunkt unserer Politik machen. Es bedarf einer sauberen Analyse mit zielgenauen Maßnahmen.

Aber nach der Wahl ist vor der Wahl. Und so freue ich mich sehr, dass die Nominierungskreiskonferenz Ute Vogt (Wahlkreis Süd) und Nicolas Schäfstoß (Wahlkreis Nord) als Kandidierende für den Bundestag nominiert hat. Beide werden einen engagierten Wahlkampf führen und ich freue mich schon jetzt auf die heiße Wahlkampfphase im September 2013.

Solidarische Grüße
Euer

Dejan Perc
Vorsitzender SPD Stuttgart

NEUES AUS DEM KREIS

FORTSETZUNG: MIT VOGT UND SCHÄFSTOSS IN DEN BUNDETAG!

Im Wahlkreis Stuttgart-Nord wurde Nicolas Schäfstoß aus dem Stuttgarter Osten mit 85,9 % zum Bundestagskandidaten gewählt Der 30-Jährige Referent beim Statistischen Landesamt, Personalrat (ver.di) und Diplom-Geograph erhielt 79 Ja- und 8 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

„Stuttgart II direkt!“ ist das Ziel. Die schwarz-gelbe Bundesregierung sei unsolidarisch, unsozial und gehöre abgewählt. In seiner Rede spricht er den Wert der Arbeit an. Zusammenhalt, sei keine Selbstverständlichkeit. Zwar würden die deutschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen das Bild eines Schlaraffenlandes zeichnen. „Viele Menschen spüren aber, dass etwas aus dem Lot geraten ist. Dass Einkommen und Vermögen immer weiter auseinander klaffen.“ Acht Millionen, also ein Viertel der abhängig Beschäftigten, arbeiten zu Niedriglöhnen, in befristeten Arbeitsverhältnissen, außerhalb von Tarifverträgen, in Leiharbeit und Minijobs. 6 Mio. Menschen würden von einem Mindestlohn von 8,50 € profitieren. „Aber Schwarz-Gelb tut nichts gegen die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf dem Arbeitsmarkt.“ Schäfstoß betont wie wichtig es sei, gemeinsam mit den Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, die Leiharbeit zurückzudrängen und anständige Löhne zu erstreiten! „Es geht darum, endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit und vor allem auch gleichen Lohn für Frauen und Männer durchzusetzen!“ Die Überwindung eines gespaltenen Arbeitsmarkts, sei die Voraussetzung für echten Zusammenhalt in dieser Gesellschaft!

Der Kreisvorsitzende der SPD Stuttgart Dejan Perc freut sich über die Nominierung beider Bewerber(innen).

Nun gehe es darum, gemeinsam mit der SPD für Verbesserungen in der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Rentenpolitik und der Energiepolitik zu streiten.

Die Cannstatter Delegation bei der Abstimmung

NEUES AUS DEM KREIS

WASSER ZURÜCK IN STÄDTISCHE HAND

Seit der Übernahme der EnBW-Anteile durch das Land Baden-Württemberg preist sich das Energieunternehmen landesweit als Partner der Kommunen an. Der Stuttgarter SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc kritisiert dabei, dass bei der EnBW Regional AG von diesen guten Vorsätzen noch nichts angekommen zu sein scheint. Anders lasse es sich kaum erklären, dass die EnBW bei der Wertberechnung den sogenannten Sachzeitwert ansetze und nicht wie dies gerechtfertigt wäre den Ertragswert. Damit komme die EnBW für das Wassernetz und die Anlagen auf einen Kaufpreis von völlig überzogenen 750 Mio. Euro.

Für die Bürger der Stadt würde dieser Kaufpreis zu einer drastischen Erhöhung des Wasserpreises führen. Die Stadt müsste, da sie den überhöhten Kaufpreis nicht vollständig an die Bürger weitergeben kann, jahrelang die daraus entstehenden Schulden abtragen, so Perc. “Dieses Vorgehen der EnBW stellt einen direkten Angriff des Unternehmens auf den Geldbeutel der Stuttgarter Bürger und das Vermögen der Stadt Stuttgart dar, es handelt sich schlicht um den Versuch der Abzocke“ stellt Dejan Perc fest.

Über das Verhalten der EnBW wundert sich auch Jürgen Schmid, der sich im SPD-Kreisvorstand um das Thema Stadtwerke kümmert. Denn die EnBW wollte im Jahr 2009 den gesamten Wasserbetrieb für 160 Mio. Euro in eine gemeinsame Gesellschaft mit der Stadt einbringen. „Wodurch sich der Wert des Netzes innerhalb von nur drei Jahren fast verfünffacht haben soll, bleibt das Geheimnis der EnBW“, so Schmid weiter.

Der Vorsatz der EnBW künftig ein ehrlicher Partner der Kommunen zu sein, so Jürgen Schmid, scheint sich auf die bunten Werbeprospekte und die Homepage des Unternehmens zu beschränken.

Ute Vogt im Trinkwasserbehälter

Die SPD Stuttgart begrüßt daher ausdrücklich die Absicht der Stadt gerichtlich gegen die EnBW vorzugehen. Gleichzeitig erwartet die Stuttgarter SPD von den Eigentümern, insbesondere dem Land Baden-Württemberg, dass es den hehren Ankündigungen auch Taten folgen lässt.

DOPPELSPITZE BEI DEN JUSOS STUTTGART

Bei Ihrer Jahreshauptversammlung am Montagabend hat die Jugendorganisation der SPD einen neuen Vorstand gewählt – die Besonderheit dabei: die Jusos haben nun eine geschlechterquotierte Doppelspitze. Dieses Amt wird nun ausgeübt von der 25 Jährigen Studentin der Sozialen Arbeit Katharina Rudel und dem 28 Jährigen Lehrer Christoph Gmoser.

Der bisherige Vorsitzende Nicolas Schäfstoss ist nach zweieinhalb Jahren Amtszeit nicht mehr angetreten. „Wir danken Nicolas für sein langjähriges Engagement bei den Jusos, er hat die Arbeit der Jusos in den letzten Jahren stark geprägt“ so Rudel über den scheidenden Sprecher. In der Doppelspitze sieht sie eine Chance politische Arbeit für junge Frauen attraktiver zu machen.

„Die Aufgabe der Jusos ist es nach der Verlorenen OB-Wahl der Stuttgarter SPD ein schärferes kommunalpolitisches Profil zu geben, wir Jusos sind bereit hier wichtige Impulse zu setzen“ definiert Gmoser die Aufgaben des neuen Vorstands und entspricht damit dem Wunsch vieler Mitglieder. Neben der kommunalen Politik sieht Katharina Rudel weitere Aufgabenfelder im kommenden Bundestagswahlkampf und in der Vernetzung mit wichtigen Bündnispartnern.

Außerdem neu in den neunköpfigen Vorstand gewählt wurden Annaick Geissel, Marc Murcia und als Kassierer Dominik Schmeiser, für die Ausscheidenden Svenja Frieß und Marcus Lesser.

Vlnr: Fine Geib, Katharina Rudel, Raimund Kaiser, Christoph Gmoser, Dominik Schmeiser, Manuel Vowinkel, Rebekka Henschel, Marc Murgia

NEUES AUS DER SPD-FRAKTION

LBBW: UMWANDLUNG DER STILLEN EINLAGEN

von Roswitha Blind

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Staatsschuldenkrise – am Anfang stand die Insolvenz von Banken. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen: Die Finanzmärkte müssen wieder besser reguliert werden, die Banken müssen mehr Eigenkapital vorhalten, um ihre Risiken abzusichern.

Stille Einlagen sind eine deutsche Besonderheit. Bei Verlusten der Bank haften Stille Einlagen in vollem Umfang. Dementsprechend galten sie bisher auch als Eigenkapital, als so genanntes hartes Kernkapital. Weil die europäische Bankenaufsicht EBA dies aber ab dem 1. Januar 2013 nicht mehr akzeptiert, hat der Gemeinderat am 22. November 2012 die Umwandlung der Stillen Einlagen in hartes Kernkapital der LBBW beschlossen.

Statt fester Zinsen und Zinsnachholung auf Stille Einlagen erhält die Stadt nun Ausschüttungen auf das erhöhte Kernkapital. Und auch für Stille Einlagen hat die Stadt nur dann Geld gesehen, wenn die Bank genug verdient hat.

Die Risiken bei einer Nicht-Umwandlung der Stillen Einlagen wären gewaltig gewesen. Ein zweites EU-Beihilfeverfahren wäre wohl ins Haus gestanden, mit weiterer Schrumpfung der Bank und Abbau von Arbeitsplätzen. Die Gegner von öffentlich-rechtlichen Banken hätten sich gefreut. Gedroht hätte ein deutlich schlechteres Rating der Bank, mit Auswirkungen auf die Refinanzierung. Geldgeber hätten sich zurück gehalten und höhere Zinsen verlangt, die Erträge der LBBW wären geringer geworden und genauso die Einnahmen der Stadt aus diesen Erträgen. Die SPD hielt es für richtig, von solchen Risiken die Finger zu lassen.

Wir halten es für bedenklich, wie leichtfertig der Erste Bürgermeister Michael Föll diese Risiken herunter gespielt hat, wie vehement er eine Kampagne gegen die Umwandlung der Stillen Einlagen gefahren hat.

Wichtig für die SPD ist, dass nun überlegt wird, wie die Stadt auf Dauer mit ihrer Beteiligung an der LBBW umgehen will. In Stuttgart hat die BW-Bank die Funktion einer Sparkasse. Wir meinen, dass die BW-Bank verselbständigt und das städtische Geld auf sie konzentriert werden sollte. Darüber muss verhandelt werden.

In Folge der Finanzkrise wurde das internationale Regelwerk Basel III erarbeitet. Es verlangt, dass die so genannte harte Kernkapitalquote erhöht wird, und zwar sukzessive von bisher 2% auf mindestens 7% bis zum Jahr 2019. Die europäische Bankenaufsicht EBA hat dies noch drastisch verschärft, denn nun muss die Eigenkapitalquote europaweit schon bis zum 1. Januar 2013 erhöht werden, und sogar auf 9% (!).
Eine noch weitere Verschärfung besteht darin, dass Stille Einlagen bisher als hartes Kernkapital anerkannt wurden, die europäische Bankenaufsicht dies aber jetzt nicht mehr akzeptiert.

AUSBAU DER GANZTAGESSCHULEN

von Marita Gröger

Schon vor den Sommerferien 2011 wurde der Ausbau unserer Grundschulen zu Ganztagesschulen beschlossen und dafür Finanzmittel eingestellt. Derzeit geht es in den Beratungen um die Standards und die Ausrichtung des pädagogischen Rahmenkonzeptes.

Für die SPD-Fraktion war von Anfang an klar, dass sich die Standards an denen der heutigen Horte orientieren müssen. Ein weniger qualitätsvoller Ansatz würde weder den Kindern noch den Anforderungen gerecht. Es geht um die Etablierung rhythmisierter Unterrichtszeit, weil dies entscheidend dazu beiträgt, besser und individueller fördern zu können.

Zu den sozial-pädagogischen Trägern, die wir in den Ganztagesschulen zusätzlich zum Lehrpersonal einsetzen wollen, gehört auch unser Jugendamt, das sich als Hortträger an vielen Stellen bewährt hat. Für alle Träger muss die Verpflichtung zu weltanschaulicher Neutralität gelten. Hier zeigt das benachbarte Bayern, wie dies durch klare Verträge gesichert wird. Und weshalb es nicht möglich sein soll, in den teilgebundenen Schulen auch den „Halbtagskindern“ bei Bedarf ein Mittagessen anzubieten, erschließt sich uns überhaupt nicht.

NEUES AUS DEM BUNDESTAG

STAATSVERTRAG NACHBESSERN

von Ute Kumpf

Zur Ankündigung von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer die Ratifizierung des Fluglärm-Staatsvertrags auszusetzen und mit der Schweiz nachverhandeln zu wollen, erklärt Ute Kumpf, Stuttgarter Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Das ist ein guter Tag für die Menschen in Südbaden. Der Bundesverkehrsminister ist zur Besinnung gekommen und hat die Notbremse gezogen. Der nicht tragbare Staatsvertrag, der die Belastungen auf die Menschen vor Ort abwälzt, ist vorerst gestoppt. Die massiven Proteste der Betroffenen im Südwesten haben sich gelohnt.

Jetzt muss der Minister nachbessern, die Menschen in Südbaden müssen besser vor Fluglärm geschützt werden. Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Form ist verfehlt und bringt keine spürbare Entlastung für die deutschen Anwohner. Die Aussetzung der Ratifizierung des Fluglärm-Staatsvertrages muss genutzt werden, um alle offenen Fragen seriös zu klären. Aus einer Politik des Überhörens muss eine Politik des Zuhörens werden.

STUDENTEN BRAUCHEN BEZAHLBARE STUDENTENBUDEN

von Ute Vogt

Die Wohnungsproblematik bei Studierenden ist bekannt. Die SPD-Bundestagsfrakton möchte einen Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern, der die Wohnungsprobleme der Studierenden aufnimmt. Die Stuttgarter SPD-Abgeordnete Ute Vogt fordert darum, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern das Angebot an bezahlbaren, campusnahen und zum Teil barrierefreien Wohnheimplätzen um 25.000 Plätze ausbaut.

Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) handele widersprüchlich, so die Abgeordnete. Einerseits verweise er darauf, dass die Länder für den Bau von zusätzlichem Wohnraum zuständig seien und er keine Handlungsspielräume habe. Andererseits greife er sich aktuell eine Gruppe der Betroffenen heraus, nämlich die Studierenden, und simuliere Handlungsfähigkeit. Doch da handele die schwarz-elbe KoaliNon unglaubwürdig. Denn erst vor einem halben Jahr hat die KoaliNon aus CDU, CSU und FDP den Antrag der SPD-Fraktion (Bundestags-Drucksache 17/8580) zur Verbesserung der studentischen Wohnraumsituation im Deutschen Bundestag abgelehnt. Da Studierende auch immer häufiger unter steigenden Betriebskosten zu leiden hätten, müsse die schwarz-gelbe Bundesregierung auch den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen.

„In Stuttgart drohen Mieterhöhungen in nie gekanntem Ausmaß“, qarnt Ute Vogt. „Es kann aber nicht sein, dass Studierende, Rentnerinnen und Rentner, Familien, Alleinherziehende und Menschen mit niedrigem Einkommen aus ihren angestammten Wohnvierteln wie z.B. in Heslach oder in Prag aus ihren Wohnungen und ihrem gewohnten Umfeld verdrängt werden.“

Als Maßnahmen schlägt die Abgeordnete vor, die Preisspirale am Mietmarkt zu stoppen, indem Mietpreiserhöhungen bei Neuvermietungen gesetzlich begrenzt werden. Ansonsten steige auch der Mietpreisspiegel jährlich weiter und weiter an. Und den Makler müsse eigentlich bezahlen, wer ihn bestellt -die Vermieterseite. Wenn dann der Bund die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf dem bisherigen Niveau forhühren würde und der genossenschailiche Wohnungsbau durch die Bundesregierung wieder mehr gestärkt und beworben werden würde - dann wären das erste Schritte, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

STILLLEGUNG DER ASSE: EIN ERFOLG DES PARLAMENTS

von Ute Vogt

Der Asse-Gesetzentwurf ist ein klarer Erfolg des Parlaments. Denn das Gesetz wird Mitte Dezember als Gruppenantrag aller Fraktionen im Deutschen Bundestag eingebracht. Angestoßen wurde dieser Prozess durch einen Vor-Ort-Besuch von Sigmar Gabriel Anfang Januar 2012 im maroden Salzstock Asse.

Im Asse-Gesetz wird eindeutig klargestellt, dass die Schachtanlage unverzüglich stillzulegen ist und dass die Rückholung der Abfälle oberste Priorität hat. Das ist ein Erfolg der Oppositionsfraktionen, da sich Altmaiers leitende Beamte lange gegen diese zentralen Forderungen gesperrt hatten.

Umweltminister Altmaier hat wohl erkannt, dass er mit den Fachpolitikern besser und schneller zu einem erfolgreichen Gesetzgebungsverfahren kommt. Deshalb werden wir darauf achten müssen, dass sich der Minister nicht auf den letzten Metern zum Gesetz mit fremden Federn schmückt. Allerdings begrüßen wir sehr, dass Altmaier nun den Dialog mit den betroffenen Bürgern vor Ort sucht und sich zur Erläuterung des Gesetzentwurfs heute den Fragen der Asse-Begleitgruppe stellt.

Wenn der Umweltminister dieses Asse-Verfahren ebenfalls bei der Endlager-Frage angewendet hätte, wären wir heute auch bei dieser großen Aufgabe weiter.

AUS DER PARTEI

BESUCH DER NEUEN STADTBIBLIOTHEK

Am 28. November 2012 besuchte eine 35-köpfige Gruppe an SPD Mitgliedern die neue Stadtbibliothek am Mailänder Platz. In der Führung wurde die wesentlichen Aspekte der architektonischen Konzeption von Eun Young Yi vorgestellt. Ebenfalls wurde das Angebot und dessen Nutzung der Bibliothekskonzeption erklärt. Hier ein paar Bilder.

Termine

Kreisdelegierten-konferenzen 2013

Mitgliederöffentlich

21. Januar 2013, 18 Uhr
18. März 2013, 18 Uhr
15. Juli 2013, 18 Uhr
30. September 2013, 18 Uhr

Aktuelle Infos im Internet:

spd-stuttgart.de

twitter.com/spd0711

facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart, Tobias Haubensak, Matthias Tröndle

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den eingesandten Beiträgen der Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de